

Klebrig im Kopf und im Handeln

Warum kleben sich Menschen an Straßen und Plätze? Weil die Politik an alten Positionen klebt!

„Mit unserem bodenlosen Appetit auf unkontrolliertes und ungleiches wirtschaftliches Wachstum ist die Menschheit zu einer Massenvernichtungswaffe geworden; wir führen Krieg gegen die Natur.“

„Entweder gibt es einen Klimasolidaritätspakt oder einen kollektiven Selbstmordpakt!“

Martialische Worte! Wir führen einen suizidalen Krieg. WIR ALLE.

Beides sind nicht Aussagen von oft diffamierten Klima- oder ÖkoaktivistInnen, sondern von UN-Generalsekretär Guterres bei der heutigen Eröffnung der UN-Biodiversitätskonferenz in Kanada und der UN-Klimakonferenz vor wenigen Wochen in Ägypten.

„Es geht um die dringende Aufgabe, Frieden zu schließen.“ sagte Guterres in Montreal bei der Eröffnungsfeier des Gipfels. Wir müssen nicht das Klima retten – sondern uns! Wer die Natur zerstört und ausbeutet, zerstört uns. Wer auf Kosten Dritter seine Klimagase emittiert, zerstört uns und den Lebensraum für unsere Nachkommen.

Jeder Mensch, der sich mit dem Thema Klimawandel und drastisch abnehmender Biodiversität beschäftigen will, kann nur zur Erkenntnis kommen, dass es sich um die eigene Existenzbedrohung handelt. Wir sind sicherlich nicht die letzte Generation, die die Suppe ausbaden muss, aber wir sind mit Sicherheit die letzte Generation, die die drastischen Auswirkungen einfangen kann. Global denken und lokal handeln,

sollte nicht zu einer leeren grünen Floskel werden.

Doch die regionale und lokale Situation sieht beschämend aus.

Die Landes-SPD klebt an der Braunkohle und am Ausstiegsdatum 2038, obwohl im Gesetz bereits ein vorzeitiger Ausstieg angelegt ist (2035) und klimapolitisch schon vor 2030 notwendig wäre.

Die Stadt-SPD klebt an alten Gewohnheiten „Wir haben immer Recht“. Umdenken undenkbar. Was interessieren uns die Voten der BürgerInnen außerhalb des Wahltages.

Gemeinsam mit den Grünen handelt die SPD-geführte Rathauskooperation (gern auch mit Stimmen der anderen Konservativen) permanent gegen die eigenen Beschlüsse und Sonntagsreden. So stimmen die Stadtverordneten als Mitglied des Klimabündnisses für eine Resolution die die energetische Sanierung des Gebäudebestandes fordert, aber (voraussichtlich) gegen die Sanierung des Staudenhofes. Und dies obwohl der Erhalt volks-, betriebswirtschaftlich sinnvoll wäre, denn die Rahmenbedingungen haben sich seit dem alten Beschluss deutlich geändert. Auch ökologisch und in Bezug auf den Klimaschutz macht NUR die Sanierung Sinn. Alles andere ist Energie- und Ressourcenverschwendung! Mehr dazu hier: http://potsdam-stadtfueralle.de/wp-content/uploads/2022/11/Aufruf_Rettung-Staudenhof.pdf

Der Verweis darauf, dass Klimaschutz keine gesetzliche Pflichtaufgabe ist, entbindet niemanden von der Verantwortung. Wo bleibt den die Initiative der SPD-regierten Kommunen in Brandenburg, dass dies endlich geändert wird? Wir haben doch eine SPD-geführte-grün-schwarze Regierung. Wer eine gesetzliche Regelung braucht, um seiner Verantwortung gerecht zu werden, muss diese auch einfordern! Wo bleibt die christliche Übernächstenliebe? Wo bleiben die ökologischen Positionen der Grünen? Im Land auf braune Energie setzen und in Potsdam graue Energie vernichten. Das hat nichts mit den

Erfordernissen der Zeit zu tun! Werdet wach und klebt nicht an euren alten Positionen!

Es gibt einen Lichtblick in Potsdam: die vielen jungen Frauen, die sich in der EinwohnerInnen-Fragestunde der SVV am heutigen Tag von Montreal* an die Stadtverordneten, die Verwaltung und den OBM Schubert zum Thema Klimaschutz wandten. Allen alten grauen Männern und Frauen(!) müsste doch klar sein, dass SIE mitverantwortlich sind für die Krisen der nächsten Generationen.

*[UN-Biodiversitätskonferenz \(COP 15\) \(unep.org\)](http://unep.org)

Ein Beitrag des „Büros für politische Angelegenheiten“